

Unbekannter Reichtum

Zivilgesellschaft in Pakistan

Arieb Azhar

Die Reise der pakistanischen Zivilgesellschaft zur Bestimmung ihrer Grenzen war und bleibt ein turbulentes Unterfangen, zurückhaltend formuliert. Sie handelt von Erkundungen unter dem Joch verschiedener diktatorischer Regime wie auch unter instabilen demokratischen Regierungen. Es sei daran erinnert, dass Pakistan und Indien, als sie 1947 entlang vermeintlicher, religiöser Scheidelinien aufgeteilt wurden, keine homogenen Nationalstaaten verkörperten, sondern Reste eines Imperiums. Sie formten sich zunächst als semi-unabhängige Herrschaften von der britischen Krone, dann als unabhängige Republiken. Auch die im Begriff Zivilgesellschaft steckende, homogene Grundannahme muss erst geschaffen werden.

Unter der ersten und zweiten Verfassung aus den Jahren 1956 und 1962 wurden alle Provinzen in West-Pakistan als eine Einheit verwaltet, mit Urdu als Amtssprache. Dem lag die Annahme zugrunde, dass die Auferlegung einer einzigen Sprache eine einheitliche nationale Identität befördern würde. Sie sollte auch ein Gegengewicht gegen die kulturell einheitliche Provinz Ost-Pakistan mit seiner Amtssprache Bangla bilden. Ost-Pakistan spaltete sich später in das unabhängige, säkulare Bangladesch ab.

Während Bangla tatsächlich die Mehrheitssprache von Ost-Pakistan darstellte, war Urdu weit davon entfernt, von einer Mehrheit in West-Pakistan als Muttersprache gesprochen zu werden. Dies traf auf weniger als 10 Prozent der Bevölkerung zu. Andere wichtige Sprachen wie Punjabi, Sindhi, Siraiki, Balochi, Paschtu, Hindko und ebenso kleinere Sprachen wie Brahui, Shina, Wakhi, Burchaski, Balti, Khowar, Marwari, Kalashi oder Hazarvi konnten sich unter diesen Umständen nur kümmerlich weiterentwickeln. Der Ausschluss dieser Muttersprachen aus Pakistans Bildungssystem bedeutete den

Ausschluss traditioneller, sozialer und menschlicher Werte. Sie kommen in Dichtung, Literatur, Musik, Tanz sowie der großen Fülle an Sufi-Literatur zum Ausdruck, die in den unzähligen Sprachen Pakistans vorliegt.

Die Bezeichnung Islamische Republik und die Möglichkeit des Staates, eine religiöse Gesetzgebung zu erlassen und durchzusetzen, beruhten auf der Verfassung von 1956. Nach Meinung vieler Experten für diese Zeit stand dies in direktem Widerspruch zur Vision von Muhammad Ali Jinnah, der als Gründungsvater der Nation gilt. Er hatte sich Pakistan als säkulare demokratische Republik vorgestellt, starb aber bereits ein Jahr nach der Staatsgründung.

Bedingt durch die nacheinander folgende Ablösung von Regierung und Militärdiktatur gab es die erste Übergabe der Amtsgeschäfte von einer demokratisch gewählten Regierung zur anderen erst im Jahr 2013. In dieser turbulenten politischen Geschichte hatten die Menschen in Pakistan selten die Gelegenheit, gemeinsam den Gesellschaftsvertrag zu definieren, unter dem sie als einheitliches unabhängiges Land leben und gedeihen

wollten. Getrennt waren sie ja durch Sprache, Kultur, Familien-Kasten, ökonomische Klassen und Konfessionen. In diesem Zusammenhang muss der Kampf der Zivilgesellschaft, sich in Pakistan zu behaupten, gesehen werden.

Die Radikalisierung der Mehrheitsgesellschaft

Unbeschadet früherer Einmischungen in den öffentlichen Raum radikalisierte sich die muslimische Gesellschaft Pakistans erst ab Mitte der 1970er Jahre. Der damalige, sozialistisch orientierte Premierminister Zulfikar Ali Bhutto ging auf politische Zugeständnisse an rechte, religiöse Parteien ein, in der Hoffnung, seinen Zugriff auf die Macht stärken zu können. Unter Druck führte Bhutto 1974 zunächst eine Änderung der Verfassung durch, die er selbst 1973 kreiert hatte. Diese Änderung sprach der reformistisch-orientierten *Abmadiyya*-Bewegung den Status als muslimische Glaubensgemeinschaft ab und zwang mehrere Mitglieder dieser friedfertigen und gebildeten Gemeinschaft ins Exil. Darunter befand sich Dr. Abdus Salam, Pakistans erster Nobelpreisträger für Physik. Bis heute wer-

den die *Ahmadiyya* in Pakistan verfolgt. Jeder muslimische Staatsbürger muss, um einen Ausweis zu erhalten, zuvor in einer Erklärung bestätigen, dass er oder sie kein Mitglied der *Ahmadiyya* ist.

Im Jahr 1977 machte Bhutto weitere Zugeständnisse und ließ – mit Ausnahmen für nicht-muslimische Minderheiten – den Verkauf und Konsum von Alkohol verbieten. Wenige Wochen später wurde er vom Militärführer, General Zia-ul-Haq, aus dem Amt geputscht und gehängt. In den darauffolgenden elf Jahren radikalisierten sich die Institutionen des Staates unter der Militärdiktatur von General Zia, vor allem nach der russischen Invasion in Afghanistan. Geldflüsse aus den Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien zwecks Training afghanischer Gotteskrieger gegen die Sowjets bestärkten diese Entwicklung.

Zwischen der zivilen Regierung und dem Militär herrscht auch im heutigen Pakistan noch tiefes Misstrauen, wenngleich beide zu einem fragilen Gleichgewicht der Macht gefunden haben. Bei beiden wächst die Erkenntnis, dass die Geißel des religiösen Extremismus' gemeinsam angegangen werden muss. Es gibt jedoch noch keinen Konsens über das Ausmaß der Gefahr oder die Strategie, um dem entgegenzuwirken.

Dissens und Zivilgesellschaft

Im Übereifer gegen anti-staatliche Aktivitäten greift der Staat häufig alle Formen abweichenden Verhaltens an, auch Dissens, den fortschrittliche Gruppen der Zivilgesellschaft in konstruktiver Absicht vortragen. Jede Form von Diskurs, der Kritik von Seiten der religiösen Rechten nach sich ziehen könnte, wird durch den Staat unterdrückt. Dieser scheint noch nicht bereit oder vorbereitet, sich auf die massiven Risse in der pakistanischen Gesellschaft zu konzentrieren. So werden NRO oft als Störer und Vertreter auslän-

discher Interessen wahrgenommen. Der Begriff liberale Extremisten dient zum Vergleich säkularer Kräfte mit religiösen Extremisten und Terroristen. In jüngeren Jahren wurden einige NRO durch religiös-extremistische Gruppen bedroht oder angegriffen. Unter dem Vorwand, gegen die Sicherheit des Staates zu verstoßen, schikanierten staatliche Organe die Organisationen oder verboten sie. Die überwiegende Mehrheit führt ihre Arbeit jedoch fort, wenngleich unter verstärkter Kontrolle durch den Staat.

Die Zivilgesellschaft in Pakistan besteht jedoch nicht nur aus NRO. Menschen aus allen Lebensbereichen engagieren sich: Studenten, Künstler, Bauern, Junge, Alte, Arbeitslose. Sie alle bilden die Zivilgesellschaft. Nur in Fällen, in denen sie gemeinsam eine progressive oder säkulare Agenda verfolgen, geraten sie durch Extremisten und den Staat unter Druck.

Obwohl die pakistanische Gesellschaft sich in den letzten 35 Jahren systematisch radikalisiert hat, haben die religiösen Parteien bei freien und fairen Wahlen immer das Schlimmste befürchtet. In Pakistan lässt sich die überwiegende Mehrheit nach wie vor von der Sufi-Interpretation der Religion leiten. Hunderte von Festivals finden an Sufi-Schreinen über ganz Pakistan verstreut statt. Es gibt Essen, verständigen Austausch und Unterhaltung. Die Treffen bilden den Querschnitt der Gesellschaft ab. Obwohl einige Familien, die diese Schreine pflegen und das Festival ausrichten, ihre Position für eigene, politische Machtinteressen missbrauchen, bleibt die Botschaft der Sufi-Gesänge und Sagen für den einfachen Mann oder die Frau gleich: Vielfalt, Toleranz, Empathie, Demut und Dienst an der Menschheit. So ist die volksverbundene Kultur in Pakistan weitaus toleranter und pluralistischer als die städtische Kultur des entfremdeten Bürgertums.

Öffentlicher Raum und Zensur

Die humanistischen Werte dieser Volkskultur sickern über Musik, Literatur, Kunst und Theater in die Stadt. Es muss aber darum gekämpft werden, damit dieser Teil des Erbes in das öffentliche Bildungssystem integriert wird. Es fehlen staatliche Schulen, so dass viele arme Familien gezwungen sind, ihre Kinder auf Koranschulen (*Madrasahs*) zu schicken. Die meisten von ihnen bieten eine einseitige und auf alte Leitbilder abgestellte Bildung an. Der Staat ist darüber hinaus immer noch zögerlich, den Lehrplan für staatliche Schulen zu reformieren und Abschnitte aus der Zia-Zeit zu entfernen. Sie lehren Feindschaft gegenüber Indien und anderen Religionen. Auch private Schulen, die sich nur wenige leisten können, haben nicht viel pakistanische Kultur und Ethik im Programm. Dabei müssten Staat und Zivilgesellschaft auf dem Gebiet der Bildung und Kultur zusammenarbeiten, um die pakistanische Gesellschaft zu entradikalisieren und auszuöhnen.

Obwohl der öffentliche Raum in Pakistan wegen Sicherheitsbedenken eingeschränkt und Unbedenklichkeitsbescheinigungen von der Regierung erforderlich sind, haben die sozialen Medien einen neuen Raum für Kommunikation und Dialog eröffnet. Menschen aller Denkschulen suchen den möglichst freien Zugang zum Internet, mit einigen Erfolgsgeschichten. Durch öffentliche Meinungsbildung über soziale Medien konnte ein Angriff auf eine christliche Gemeinschaft in der Nähe von Lahore verhindert werden. Eines ihrer Mitglieder war der Gotteslästerung beschuldigt worden. In einem anderen Fall konnte auf eine politische Partei erfolgreich Druck ausgeübt werden, die Kundgebung einer verbotenen religiösen Organisation in Hyderabad (Sindh) nicht zu unterbinden. Selbst wenn einige Webseiten geschlossen wurden, weil sie als zu säkular oder gegen den Staat ge-

richtet wahrgenommen wurden, spielen soziale Medien eine wichtige Rolle, Trennlinien in der Gesellschaft zu kennzeichnen und darüber einen Dialog herzustellen.

Privates Fernsehen und Radio haben sich in Pakistan während der 1990er und 2000er Jahre rasant verbreitet und dabei durchaus eine wichtige Rolle bei der Förderung des Dialogs gespielt, wenngleich oft in Form von erhitzt geführten Kontroversen. Die privaten Medien haben ihr volles Potenzial allerdings noch nicht ausgeschöpft und unterliegen stattdessen den Kräften des Marktes, der Gier, der sozialen Intoleranz und staatlichen Zensur, reguliert in der Regel durch die pakistanische Behörde zur Regulierung elektronischer Medien, PEMRA (*Pakistan Electronic Media Regulatory Authority*).

Der meisten Zensur unterliegen elektronische Medien durch die Armee. Sie reagiert von den staatlichen Organen am wenigsten tolerant auf Kritik. Bestimmte Diskussionsthemen werden zwangsweise unterdrückt; so die Rolle des Staates bei paramilitärischen Aktionen in Belutschistan. Journalisten, die über dieses Thema berichten, riskieren ihr Leben, Radio- oder Fernsehkanäle ihre Lizenzen. Ein weiteres Tabu-Thema ist die Rolle pakistanischer Staatsorgane bei der Rekrutierung religiöser Militanten für versteckte Aktionen.

Extralegale Tötungen

Die gezielte, extralegale Tötung von Zivilisten hat in den letzten zehn Jahren zugenommen. Am Anfang standen die Morde an Angehörigen der *Abmadiyya*, Agha Khans und Schiiten. Insbesondere Angehörige der persisch sprachigen Hazara-Gemeinschaft sind in schockierend hohem Maße betroffen. In jüngerer Zeit wurden mehrere Aktivisten der Zivilgesellschaft und Journalisten zur Zielscheibe; einige brutal ermordet wie der Aktivist Sabeen Mehmud aus

Karachi oder der Journalist Saleem Shahzad. In diesen Fällen verweisen die Spuren unweigerlich auf die Beteiligung staatlicher Organe, ihre Politik zu Belutschistan und die Verbindungen zu Militanten. Ironie der Geschichte: Armee und Polizei zahlen den höchsten Blutzoll im Kampf gegen den Extremismus.

Gezieltes Töten setzt auch ein neues Maß an Intoleranz gegenüber Musikern und Dichtern; vor allem, wenn sie mit der schiitischen Denkschule sympathisieren. Am 22. Juni dieses Jahres wurde Amjad Sabri, ein bekannter und beliebter Sufi-Musiker, der einer bedeutenden *Qanwalī*-Musiktradition angehörte, in Karachi niedergeschossen. Eine Welle der Sympathie für ihn ging durch das Land und zeigte die Frustration der Menschen mit dem Staat, der sich nicht entschieden genug gegen den religiösen Extremismus stellt. Zehntausende wohnten seiner Beerdigung bei.

Ausblick

Ich habe mit diesem Text versucht, den historischen und gesellschaftspolitischen Hintergrund zu skizzieren, um die Radikalisierung der pakistanischen Gesellschaft und das Schrumpfen des politischen Raums vor Augen zu führen. Kulturelle Besonderheiten, tief verwurzelte, humanistische und pluralistische Werte haben Pakistans Gesellschaft davor bewahrt, dem Hass, der Bigotterie und der Gewalt vollständig zu erliegen. Aktuell ist es unerlässlich, das Misstrauen zwischen ziviler Regierung und Militär zu durchbrechen. Staat und Zivilgesellschaft sollten sich gemeinsam den Herausforderungen stellen, um eine feste und wirtschaftlich stabile Demokratie zu etablieren, die die Rechte aller Bürger/-innen schützt. Eine Grundlage dafür ist die humanistische Ader aus der Sufi-Tradition, die in der pakistanischen Volkskultur immer noch weit verbreitet ist. Ohne Zweifel, sie

ist im Erodieren begriffen und vermischt sich mit konservativen Werten im urbanen Pakistan. Kein Grund, es nicht zu versuchen.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Theodor Rathgeber*

Zum Autor



Arieab Azhar ist ein weltweit bekannter Sänger und Songwriter aus Islamabad, der seine Stimme zugunsten einer humanistischen Politik, sozialen Wandels und

Gerechtigkeit erhebt. Er steht in der Tradition der Sufi-Barden und verbindet Sufi-Poesie, traditionelle Folklore und zeitgenössische Musik.